Denkfaule Baselbieter Gemeinden vergessen ihre Kinder

Leitartikel zur Kita-Misere In der Familienpolitik muss dort angesetzt werden, wo es wirklich Missstände gibt. Doch in Baselland werden Verantwortungen abgeschoben – und Chancen vergeben.

Benjamin Wirth

Die Basler Kitas florieren – im Baselbiet mussten hingegen erste Standorte schliessen. Symbolfoto: Keystone

Kaum ein anderer Bereich geniesst in der öffentlichen Wahrnehmung derart viel Wohlwollen wie die Familienpolitik. Selbst heikle Anliegen stossen auf viel Sympathie, wenn sie – zumindest vermeintlich – im Interesse der Familie sind.

Ein Narrativ, das etwa bei der Fremdbetreuung von Kindern gilt. Fürsprecher des Kita-Ausbaus stellen ihre Forderungen als soziale Massnahmen der Gleichstellung dar, die dafür sorgen sollen, dass Mütter auf dem Karriereweg nicht ausgebremst werden. Wer will nicht, dass in Ungnade gefallene Rollenbilder – zum Wohl der Familie – endgültig beseitigt werden?

Offen bleibt nur, wer zahlt. Seit Jahren ringt die Politik um die Fragen: Wie viel darf die Fremdbetreuung der Kinder kosten – und wie finanzieren wir sie? Experten suchen nach einem dauerhaften Erfolgsrezept. Wobei sie in Basel-Stadt fündig geworden sein könnten. Seit August ist im Stadtkanton ein neues Gesetz in Kraft, das zu den progressivsten des Landes gehört. Hier zahlen selbst gut verdienende Eltern für eine Vollzeitbetreuung ihres Kindes maximal «nur» noch 1600 Franken pro Monat. Der Kanton, dem es dank der boomenden Pharma finanziell ja blendend geht, lässt sich den staatlichen Zuschuss rund 36 Millionen Franken kosten.

Die Krux: Weil die Basler Kitas seit der Gesetzesänderung florieren, mussten im benachbarten Baselland erste Standorte schliessen. Die besseren Tarife locken immer mehr Personal und viele Familien an. Für die Landschaft ist das eine mittlere Katastrophe. Der Kanton steckt in der Kita-Misere. Familien ächzen unter hohen Tarifen. Und die Krippen klagen über Geldsorgen und Personalmangel. Ein rasches Ende ist nicht abzusehen. Kurzfristige Lösungsansätze gibt es kaum. Die Bürgerlichen wirken ideenlos. Und die Linken würden am liebsten beim Bund die hohle Hand machen.

Wer allerdings denkt, es liege an der eidgenössischen Politelite, staatliche Krippen-Subventionen zu sprechen, ist auf dem Irrweg. Zu schnell geht in der Familienpolitik vergessen, was in der Schweiz nach wie vor gilt: Die familienergänzende Kinderbetreuung ist Aufgabe der Kantone und der Gemeinden. Öffentliche Aufgaben müssen auf jene staatliche Ebene delegiert werden, die sie bürgernah, bedarfsgerecht und kostengünstig erbringen kann.

Doch dieser Verantwortung entziehen sich die Baselbieter Behörden gegenwärtig, als hätten sie diese völlig vergessen. Zwar könnte der Kanton als simple Massnahme den Kinderbetreuungsabzug vom steuerbaren Einkommen erhöhen (aktuell beträgt er maximal 10'000 Franken, was vergleichsweise wenig ist).

Was die Kita-Misere angeht, sind primär aber die kommunalen Akteure zu tadeln. Anders als in Basel-Stadt sind in der Landschaft allein die Gemeinden für die Subventionierung der familienergänzenden Betreuung zuständig. Sie klagen hingegen lieber über ihre eigenen Probleme und schieben die Verantwortung ab. So haben viele Gemeinden in den letzten Monaten von der Finanzkrise gesprochen, in die sie hineinzurutschen drohen – was in der Kita-Debatte ebenso häufig als Grund vorgeschoben wird, weshalb sie nicht selbst anpacken wollen.

Das ist denkfaul. Die Gemeinden scheitern nicht am eigenen Geld, sondern an sich selbst. Die inzwischen publizierten Jahresrechnungen zeigen nämlich auf, dass die im Vorfeld angekündigten Geldnöte auf kommunaler Ebene nicht eingetreten sind: 48 Baselbieter Gemeinden konnten das Budget 2023 mit einem Gewinn abschliessen, in 84 Gemeinden resultierte ein Bilanzüberschuss. Das Eigenkapital der Gemeinden beträgt 1,15 Milliarden Franken – in fast allen Ortschaften mit einem roten Jahresabschluss beläuft sich das Defizit auf wenige 100'000 Franken.

Ein anderes ihrer Argumente: Der Regierungsrat sei ja bereits aktiv, erarbeite aktuell eine Gesetzesänderung, um gegen die Kita-Misere anzukämpfen. Das stimmt zwar, doch dass das noch Jahre dauern könnte, scheint allen egal zu sein.

Dabei geht es darum, dass der Kanton in den nächsten Monaten prüft, inwiefern er sich an einem Kita-Ausbau beteiligen will. Die zuständige Sicherheitsdirektion um SP-Regierungsrätin Kathrin Schweizer lässt sich allerdings Zeit. In Baselland wird eine mögliche Gesetzesänderung frühestens 2026 erwartet. Für viele Kinderkrippen wird es dann zu spät sein.

Kathrin Schweizer hat jedoch keine andere Wahl. Das kantonale 94-Millionen-Defizit sowie die düsteren Finanzprognosen haben zur Folge, dass mehrere Geschäfte sistiert wurden, da Finanzdirektor Anton Lauber jeden Rappen mehrfach umdreht.

Zur Verdeutlichung: Für einen Vollzeit-Kitaplatz gibt ein Schweizer Paar mit zwei Kindern und einem durchschnittlichen Einkommen 29 Prozent des Lohnes aus – das ist die Spitze im OECD-Raum. Dennoch: 36 Millionen Franken für ein neues Kita-Gesetz à la Basel-Stadt? Schwer vorstellbar, dass Liestal diesem Bedürfnis zeitnah nachkommen kann. Der Kanton muss sich fit sparen.

Aus Politkreisen ist zudem zu hören, dass Lauber bei den Krippen-Millionen auf die Bremse steht. Andere Sparten wie die Schulen, die das bescheidene Budget in den nächsten Jahren belasten sollen, priorisiert er stärker. Laubers Standpunkt: Wer die externe Kinderbetreuung mehr subventionieren will, soll dort ansetzen, wo Bedarf herrscht – in den Gemeinden also.

Da hat der Finanzdirektor einen Punkt. Gerade weil sich die finanzielle Lage im Kanton als schwierig erweist, müssten die kommunalen Vertreter mehr Verantwortung übernehmen. Klar, das würde einen Mehraufwand bedeuten. Ein neues Reglement, das erst einmal erarbeitet und dann von der Gemeindeversammlung genehmigt werden müsste. Die Gemeinden zaudern.

Zum Verständnis: Im Baselbiet ist die familienergänzende Kinderbetreuung oft subjektfinanziert. Das heisst, dass manche Ortschaften zwar Eltern unterstützen – etwa mit Betreuungsgutscheinen. Die Institutionen gehen aber leer aus. Zusätzliche Sockelbeträge wie eben kommunale Zustüpfe existieren vielerorts nicht.

Dabei gilt zu beachten: Forderungen nach Förderung haben Hochkonjunktur. Und wenn der Staat ganzheitlich Aufgaben übernimmt, die auch Private ausführen können, darf man in der Regel damit rechnen, dass es teurer und bürokratischer wird. In einigen Ortschaften ist die gezielte Kita-Unterstützung dennoch unausweichlich, natürlich nur dort, wo nötig, so banal es klingt – etwa in Binningen oder Muttenz. Gerade in Agglo-Gemeinden ist Familienpolitik auch Standortförderung – das müssen selbst Liberale anerkennen.

Interessieren sollte diese Debatte überdies auch die Baselbieter Wirtschaft, speziell die Arbeitgeber. Es zeigt sich nämlich: mehr Krippen gleich mehr Arbeitskräfte. In Zeiten eines hartnäckigen Mangels an Arbeitskräften kein unwesentlicher Faktor.

Die Blockade-Politik der Gemeinden hat einen weiteren Beigeschmack. Endlich hätten die kommunalen Politiker einmal die Möglichkeit, autark und selbstständig zu handeln – was sie sonst immer fordern. Doch statt die Autonomie hochzuhalten, leiden die Gemeinden an Gedächtnisschwund und lassen eine Chance verstreichen. Statt bei sich selbst anzusetzen, fordern sie staatliche Beihilfe aus Liestal oder gar Bundesbern. Wenn man sich in Erinnerung ruft, wie viele Aufgaben der öffentlichen Hand heute im Portefeuille des Kantons sind, ist das umso bedauerlicher.

ANZEIGE

ANZEIGE